№ 5518. Donnerstag, 24. Juni. 1869.

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen den 23. Juni, 7½ Uhr Abends.

Berlin, 23. Juni. Die Einberufung des Landtages, Behufs rechtzeitiger Beschlußfassung über die Deckung der Ausfälle der Staatseinnahmen, erfolgt in den ersten Tagen des October. — Der König wird die Reise nach Ems voraussichtlich in den ersten Tagen des Juli antreten. — Nach der „Kreuz-Ztg." wäre die Vereinigung der Ober-Postdirectionen zu Marienwerder und zu Danzig bevorstehend.

✠ **Berlin**, 22. Juni. In Bezug auf die durch den bayerischen Ministerpräsidenten, Fürsten Hohenlohe, an die preußische Regierung gelangte Aufforderung, an den Berathungen über das ökumenische Concil beizuwohnen, wird in unterrichteten Kreisen versichert, daß die Regierung einer gemeinsamen Erwägung der Sache durch die deutschen Regierungen nicht entgegen ist, auf die von Bayern beantragte Befragung der Facultäten aber nicht eingehen will. — Daran thut die preuß. Regierung Recht, da sie sich freie Hand zum Handeln behalten muß. Am besten würde sie thun, die Jesuiten in Rom sich selbst zu überlassen. Die „Augsb. Allg. Ztg." erfährt von dort, daß man die Infallibilität des Papstes durch Diplomatisiren zu erreichen strebt. Man sucht diese Unfehlbarkeit als Folge des Umstandes, daß der Papst bereits das Dogma der unbefleckten Empfängniß aufgestellt hat, darzustellen und zu rechtfertigen. Darauf kann sich natürlich kein protestantischer Staat einlassen. Der „Wanderer" in Wien will erfahren haben, daß der Herzog von Ratibor bei seiner Anwesenheit in Rom nicht über die Nunziatur, wie es hieß, sondern über die Abänderung des im Jahre 1821 zwischen Rom und Preußen abgeschlossenen Concordats nach den Anforderungen der Verfassung unterhandelt habe. Der Papst soll sich bereit erklärt haben, auf diese Wünsche einzugehen. Es soll darüber bereits diplomatisch unterhandelt werden, nachdem die von dem Posener Erzbischof Grafen Ledochowski entworfenen, von den Norddeutschen Bischöfen gebilligten Punctationen von beiden Seiten vollzogen worden. An die Stelle des Concordats soll eine neue Convention treten, welche König Wilhelm als Präsident des Norddeutschen Bundes unterzeichnen würde.

— Die „B. A. C." bemerkt zu den Finanzmaßregeln der Regierung, welche auf Einstellung verschiedener nützlicher Ausgaben abzielen, daß die Verantwortlichkeit für diese Einschränkungen, insoweit die Mittel für die betreffenden Ausgaben durch das Etatsgesetz für 1869 der Regierung ausdrücklich zur Verfügung gestellt sind, nicht den Landtag, sondern ausschließlich die Regierung treffe. Sie macht dabei insbesondere auf 2 Arten von Maßregeln aufmerksam, in Bezug auf welche sie meint, daß es der Regierung schwer fallen werde, die betreffende Verantwortlichkeit vor dem Landtage demnächst zu tragen: die Discontirung der Steuercredite und die Vorenthaltung der Chausseebau-Prämien. In ersterer Beziehung wird bemerkt: „Die betreffenden Gewerbetreibenden sind dadurch in die Lage versetzt worden, ihrerseits Gelder flüssig machen zu müssen; es wird dies für viele derselben mit Unbequemlichkeiten verbunden sein; einzelne dagegen haben dabei insofern ein ganz gutes Geschäft gemacht, als der Finanzminister bei sofortiger Zahlung einen Discont von 5 Procent bewilligt hat. Ist nun Jemand in der Lage, auf Werthpapiere gegen einen Zins von 3½ Procent ein Lombard-Darlehn aufzunehmen, so verdient er durch die Freigebigkeit des Finanzministers 1½ Procent und macht also ein ganz gutes Geschäft. Wir haben dabei keine bloßen Möglichkeiten, sondern wirklich vorgekommene Fälle im Auge. Den betreffenden Gewerbetreibenden ist dieses Geschäftchen schon zu gönnen; es entsteht aber die Frage, ob der Finanzminister berechtigt ist, einen derartigen Discont zu gewähren, welcher eine im Etat nicht vorhergesehene Ausgabe bewirkt, die man doch gewiß nicht als eine bloße „Etatsüberschreitung" bei der Rechnungslegung ersichtlich machen und zur nachträglichen Genehmigung vorlegen kann." In Bezug auf die Chausseebau-Prämien wird gesagt: „Es fragt sich, ob den betreffenden Corporationen nicht ein Recht zur Seite steht, wonach sie die Auszahlung dieser Prämien aus der Staatskasse verlangen können; sie haben nur unter der Voraussetzung, daß diese Prämien gezahlt werden würden, den Bau von Chausseen begonnen; sie haben unter derselben Voraussetzung Schulden contrahirt."

— Von dem Beschluß der Regierung, die öffentlichen Bauten möglichst einzuschränken, sollen, nach einer officiösen Mittheilung der „N. A. Z.", auch diejenigen Eisenbahnen nicht ausgeschlossen sein, für welche besondere Anlehen bewilligt sind. „Die Zinsen und Amortisationsquoten dieser neuen Anleihen — so versucht die „N. A. Z." diesen merkwürdigen Beschluß zu motiviren — bilden einen Theil des durch neue oder zu erhöhende Einnahmen zu beschaffenden Mehrbedarfs. So lange als die zur Deckung der Zins- und Amortisations-Beträge erforderlichen Mehreinnahmen nicht flüssig zu machen sind, erscheint es geboten, neue Negociirungen auf bereits bewilligte Anleihen thunlichst hinauszuschieben und zu diesem Zwecke Einschränkungen eintreten zu lassen."

— Von großem Interesse sind die dem Handelsminister von Organen des Handelsstandes vorgetragenen Aeußerungen hinsichtlich der Steueranspannung. So wird namentlich in den Industriebezirken die Steuerkraft durch die rasch anwachsenden Gemeindebedürfnisse außerordentlich in Anspruch genommen. Die Handelskammer in Gladbach hebt hervor, daß die Steuerforderungen recht fühlbar werden, wenn zu der durch die steigende Bevölkerung gebotenen Vermehrung von Kirchen, Schulen, Straßen durch kritische Zeitverhältnisse größere Schwankungen des Geschäftsbetriebes entstehen und damit ein starkes Anwachsen der Armenbedürfnisse herbeigeführt wird. Die Beischläge zu den Staatssteuern bewegen sich in dem gladbacher Bezirke in den meisten Gemeinden zwischen 150 bis 350 Procent. Statt Verminderung dieser colossalen Belastung ist eher eine Steigerung zu erwarten, und daher liegt der Wunsch nahe, durch vermehrte Communicationen die Leistungsfähigkeit dortiger Industrie erhöht zu sehen.

— Nach einer Mittheilung des „Mainzer Anzeiger" hat das Hessen-Darmstädtische Ministerium kürzlich eine Verordnung erlassen, der zufolge die Gymnasiasten beim Maturitätsexamen in Zukunft nicht mehr in der „Religion" examinirt werden sollen. Die protestantischen Rechtgläubigen und die Ultramontanen sind darüber natürlich außer sich. Das protestantische Consistorium in Darmstadt und das bischöfliche Ordinariat in Mainz haben bereits gegen die Verordnung remonstrirt. Hoffentlich wird der Protest einfach zu den Acten genommen.

— Der Bundeskanzler hat dem Bundesrath eine Denkschrift vorgelegt, welche sich auf die Befugniß der Bundesconsuln zu Eheschließungen und zur Beurkundung des Personenstandes bezieht. Das Bundesconsulargesetz vom Jahre 1867 hat die Regelung dieser schon durch das Gesetz vom 3. April 1854 vorgesehenen Angelegenheit den einzelnen Regierungen überlassen, doch ist eine einheitliche Ordnung unumgänglich nothwendig, da bis jetzt die preußische Regierung die einzige gewesen ist, welche durch die Ertheilung entsprechender Ermächtigungen an verschiedene Consuln practisch vorgegangen ist.

Stettin, 29. Juni. [Die Neigung zur Auswanderung] nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika dauert in unserer Provinz noch fort. Aus dem Regierungsbezirke Cöslin sind während der ersten 4 Monate d. J. 978 Personen und namentlich aus den Kreisen Schievelbein und Lauenburg ausgewandert. In dem gleichen Zeitraum v. J. betrug die Zahl der Auswanderer 2039 Personen. (N. St. Z.)

München, 22. Juni. [Kerbhölzer.] Am 1. Juli 1870 tritt die „Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern" ins Leben. Dieses Gesetz bekundet zugleich einen Kulturmesser für bayerische Volksbildung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Es lautet nämlich Artikel 394 des erwähnten Gesetzes folgendermaßen: „Kerbhölzer. Wenn feststeht, daß die Parteien für ihren Verkehr Kerb- oder Spanhölzer gebraucht haben, so beweisen solche, falls sie unverfälscht erscheinen und unter sich übereinstimmen. Weigert sich eine Partei ohne genügenden Grund, ihr Holz vorzulegen, so gilt das vorgelegte der anderen Partei." — Diese Gesetzesvorschrift war nöthig, weil die Leute nicht lesen können.

Oesterreich. * **Wien**, 21. Juni. Die Untersuchung in Prag ergiebt noch immer neues Material. Neuerdings sind 10 Personen vom Lande verhaftet worden, welche in die Petarden-Affaire verflochten sind. Die von den Jung-Czechen projectirte Hußfeier, welche bereits die starke Mißbilligung des böhmischen Clerus hervorgerufen, soll (am 6. Juli) auf dem Bethlehemsplatze stattfinden. — In Brünn hatte die Polizei die Abhaltung eines slawischen Meetings verboten; der Statthalter hat aber jetzt die Erlaubniß ertheilt und die Versammlung wird nächsten Sonntag stattfinden. — Der Kaiser hat das Gesuch des Cardinals Rauscher, dem Weltpriester v. Florencourt zu gestatten, die ihm wegen Preßvergehen zuerkannte viermonatliche Kerkerstrafe in einem Kloster abzubüßen, abschlägig beschieden. — Die Erben des Grafen Casimir Batthyanyi sind durch den ungarischen Justiz-Minister in Kenntniß gesetzt, daß in Folge ihres Ansuchens im Ministerrathe beschlossen wurde, sie für die confiscirte gräflich Casimir Batthyanyi'sche Herrschaft Kisber mit dem Betrage von 1,700,000 fl. zu entschädigen. Gleichzeitig werden die betreffenden Erben ersucht, sich längstens bis 4. Juli erklären zu wollen, ob sie diesen Antrag annehmen oder nicht.

Gratz. [Der Verein der Deutsch-Nationalen] hielt am 14. d. M. seine zweite öffentliche Versammlung. Auf der Tagesordnung stand der Vortrag des Vereinsmitgliedes Graf Ignatz Attems über die süddeutsche Frage. Nach dem Bericht, welcher der „Wes.-Ztg." zugeht, beleuchtete der Redner die Zustände Süddeutschlands, wie sie das Jahr 1866 geschaffen. Eine isolirte Existenz könnten die Staaten Bayern, Würtemberg, Baden auf die Dauer nicht führen, denn so kleine Staaten seien der Lösung höherer politischer Aufgaben nicht gewachsen und würden sich der Attraction größerer benachbarter Reiche nicht entziehen können. In der Bildung eines Südbundes sieht der Redner einen Bruch der Schutz- und Trutzverträge und des Zollvertrages mit dem Nordbunde, der Südbund würde dem Einigungswerke von 1866 neue Hindernisse schaffen und, was das schlimmste, der Einmischung des Auslandes Thür und Thor öffnen. Den Süddeutschen bliebe also nur ein Weg, ihre Pflichten gegen die gesammte Nation zu erfüllen; es sei der Eintritt in den Nordd. Bund. Man behaupte freilich, die Freiheit des Südens litte durch den Anschluß an den Nordbund. Aber vereint mit den Norddeutschen tagend, könnten die liberalen Elemente Süddeutschlands kräftiger für die Einführung freiheitlicher Zustände arbeiten, als in ihrer gegenwärtigen Isolirung. Gerade im liberalen Musterstaate Baden erkenne man dieses am richtigsten, dort sei die nationale Partei, die den Anschluß an Norddeutschland will, am stärksten. Wir Deutsche Oesterreichs, die wir den Geschicken unserer Nation nichts anderes als die wärmste Theilnahme widmen können, müssen den Eintritt des Südens in den Nordbund auf das lebhafteste wünschen." Die zahlreiche Versammlung, in der sich auch einige Mitglieder unserer Reichsvertretung befanden, zollten den Worten des Redners rauschenden Beifall.

Frankreich. * **Paris**, 20 Juni. Wer ist der Baron v. Mackau, dieser plötzlich so viel genannte Vertrauensmann des Kaisers? „Siècle" antwortet darauf mit einem Auszuge aus den „Profils parlementaires" von Leguevel de la Combes, einem der Redacteure des officiösen „Peuple", der sich jetzt freilich ob seiner Federzeichnung entsetzen wird. Dieser schreibt: „Der Baron de Mackau, Deputirter der Orne, 36 J. alt, gehört einer alten royalistischen Familie an, die sich zum Bonapartismus bekehrte, als der Sieger von Arcole die Kirchen wieder öffnen ließ. Er ist ein schmächtiger, blasser Mann mit einem kleinen, rothen Schnurbart, der sich ärgert, wenn Garibaldi in die päpstlichen Staaten einrückt und wenn der Markt von Poissy abgeschafft wird zu Gunsten des Schlachthauses von der Villette. Er hat eine lange Rede über das Hornvieh gehalten. Er beschützt die Künste, indem er schlechte Gemälde an die Kirchen des Departements der Orne vertheilt." Das „Siècle" fügt diesem Portrait eine vollständige Liste der Abstimmungen des Barons aus der letzten Session hinzu, aus der sich ergiebt, daß er in allen Fragen mit der äußersten Reaction gestimmt hat, — und schließt: „Das ist die Persönlichkeit, die der Kaiser zu seinem öffentlichen Vertrauensmanne gewählt hat." — Ueber den Brief des Kaisers an Baron Mackau schreibt Guéroult in der „Opin. nat." u. A.: „Jedes Zugeständniß ablehnen unter dem Vorwande, bald daß die öffentliche Meinung es nicht verlangt, bald daß die öffentliche Meinung es verlangt; in die feindlichen Reihen alle jene drängen, aus welchen man eine Reserve für die Zukunft hätte machen müssen; sich isoliren und Oede um sich her schaffen; jede Initiative der Nation auf das Haupt eines Mannes von einundsechszig Jahren und in die Hände eines Ministers zu vereinigen, welcher seit zwanzig Jahren an die Uebungen der Dictatur gewohnt, diejenigen der Freiheit nicht verstehen kann: das ist das letzte Wort des Systems, von welchem die Nation nichts mehr wissen will und in dem gleichwohl die Regierung zu verharren für weise hält. Die Zeit der Rathschläge ist vorüber. Die Ereignisse haben das Wort und an die kostspieligen Lehren der Erfahrung kommt jetzt die Reihe." — Ueber die schon erwähnte Reise Conti's nach Italien verlautet neuerdings, daß er den Auftrag habe, ein Abkommen zwischen Franz II. und dem König von Italien zu treffen, nach welchem der erstere sich verpflichtet, seinen Wohnsitz außerhalb Italiens zu nehmen, wofür er von der italienischen Regierung ein Jahrgehalt erhält, das unter Umständen zu capitalisiren und dann auf einmal auszuzahlen wäre.

— Der „Peuple" äußert über die Unruhen in St. Etienne: „Wir wissen nicht, welches die Folgen der Vorfälle von Ricamarie sein werden und ob die Coalition irgend eine Genugthuung erlangen wird. Unter allen Umständen wünschen wir lebhaft, daß die Forderungen der Grubenarbeiter, in dem, was sie Ausführbares haben, erhört werden möchten, denn die längere Dauer der Strike würde die gezwungene Arbeitseinstellung von fast 40,000 Bergleuten zur Folge haben, die in den mit dem Interdict belegten Gruben des Loirebassins beschäftigt werden. Die Abgeordneten der Arbeiter verlangen von den Betriebsdirectoren, daß sie die finanzielle Leitung der Hilfs- und Unterstützungskasse aufgeben, welche von den Abzügen gebildet wird, die sie am Lohne des Arbeiters machen; die Abgeordneten verlangen ferner, daß die Directoren zu der Casse eine Summe beitragen, die dem Betrage der den Arbeitern gemachten Abzüge gleich ist. Das heißt mit anderen Worten, die Kohlen-Compagnien nöthigen, ihre eigenen Arbeiter gegen Krankheiten und Verwundungen zur Hälfte zu assecuriren und zugleich zur Abschiedspension, welche die Bergleute nach 30 Jahren Arbeit und nach 50 Altersjahren fordern, beizutragen. Wir lassen die anderen Forderungen der Delegirten in Betreff der täglichen Arbeitsdauer und des täglichen Minimallohnes bei Seite, denn wir wollen jetzt nicht discutiren. Es kommt jetzt zunächst nur darauf an, die gegenseitige Stellung der Arbeiter und der großen Gesellschaften genau zu präcisiren; diese Stellung nähert sich in mehr als einer Hinsicht der Trade-Unions-Frage in England. Wir fügen hinzu, daß die Gährung in St. Etienne keine politische Tragweite hat; wenn wir recht unterrichtet sind, so sprechen im Gegentheil die Bergleute in einer an den Kaiser eingereichten Petition ihre Ergebenheit gegen die Dynastie und die kaiserlichen Institutionen aus."

Schweden und Norwegen. Stockholm, 17. Juni. [Auswanderung.] Seit Eröffnung der diesjährigen Schifffahrt sind nach officiellen Angaben 17,878 Auswanderer über Gothenburg nach Amerika befördert worden. Das statistische Centralbureau macht bekannt, daß Schwedens Volksmenge am 31. December v. J. 4.173,080 war, und daß dieselbe seit Ende des vorhergehenden Jahres mit 22,601 abgenommen hat. (H. N.)

Italien. Florenz, 18. Juni. Man ist gespannt, wie die Regierung bis zum Ende des Jahres den Verpflichtungen des Staatsschatzes Genüge zu leisten gedenkt, nachdem ihr die 300—400 Mill. Fr., welche sie durch die Finanzconventionen sich verschaffen wollte, und die 50 Millionen Ersparnisse, die mit den — nicht votirten Verwaltungsreformen verbunden gewesen wären, fehlen. Die dem Ministerium so ergebene „Opinione" räumt hierbei ein, daß der Ertrag der Mahlsteuer fast gleich Null ist und auch in Zukunft nicht viel über diese Ziffer steigen werde. — Mit dem Befinden des Abg. Lobbia geht es besser; die „Riforma" veröffentlicht eine lange Liste von Adressen, welche Lobbia aus allen Theilen Italiens zugegangen sind und die da beweisen, daß das Gefühl für Redlichkeit in der Nation tiefe Wurzeln geschlagen hat. Die Untersuchungscommission (betreffend die auf Anregung Lobbias untersuchte Bestechungsgeschichte) hat bereits 25 Zeugen verhört; Crispi, welcher als einer der Ersten verhört wurde, hat deren allein 19 namhaft gemacht. Man ist gespannt auf den Ausgang der Untersuchung.

Vermischtes.

— [Der Verwaltungsrath der Schillerstiftung], dessen Vorort zur Zeit Wien ist, hat so eben die Mittheilung erhalten, daß die sächsische Regierung den neuen Statuten die lang vorenthaltene Zustimmung endlich ertheilt hat, nachdem sich der Verwaltungsrath zu einigen Modificationen bereit erklärte. Demnach steht hoffentlich die Ausantwortung der großen Dresdener Zweigstiftung baldigst zu erwarten.

Köln. [Zum Dombau.] Die Dombau-Lotterie hat bis jetzt ⅔ Mill. Thlr. aufgebracht, von welcher Summe noch 366,000 Thlr. disponibel sind. Im vorigen Jahre wurden 235,617 Thlr. für den Fortbau und in den fünf letzten Jahren für die Thürme, die allein noch zu vollenden sind, 550,080 Thlr. verwendet. Im August wird man mit Dampfkraft hoch oben — ca. 180 Fuß — über dem Boden — auf den Thürmen arbeiten.

— Aus London wird geschrieben, daß Frl. Valesca v. Facius, eine Sängerin aus Königsberg, während der diesjährigen Saison mit großem Beifall daselbst aufgetreten ist. Sie wirkte bei dem ersten Hofconcerte im Buckingham-Pallast mit und sang in zwei auf einander folgenden großen Sommerconcerten im Krystall-Pallast, am 29. Mai und 12. Juni.

Wolle.

Rostock, 22. Juni. Lagerbestand 4100 Ctr., wovon heute ⅔ verkauft wurden. Die Wäschen waren mittelmäßig. Das Geschäft Anfangs träge, wurde später lebhafter. Preise 39—45 Thlr. Einzelne Posten wurden höher bezahlt.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen von Danzig: In Bremerhafen, 19. Juni: Julius Bremer; — in Rochefort, 14. Juni: Carl Linck, Harwardt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. E. Meyen in Danzig.

Meteorologische Depesche vom 23. Juni.

Morg.		Bar. in Par. Linien.	Temp. R.			
6	Memel	334,6	9,3	SW	mäßig	bedeckt.
7	Königsberg	335,2	9,4	SW	stark	bedeckt, Regen.
6	Danzig	335 5	10,3	WSW	mäßig	bedeckt.
7	Cöslin	335,2	9,9	W	mäßig	trübe.
6	Stettin	336,0	9,6	W	mäßig	trübe.
6	Putbus	333,1	8,4	NW	stark	Regen.
6	Berlin	337,6	9,3	W	mäßig	bewölkt.
6	Köln	337,6	7,8	W	mäßig	bezogen.
7	Flensburg	336,0	7,7	NW	mäßig	trübe.
7	Stockholm	333,5	9,4	WNW	schwach	bed., Regen, gestern Regen.
7	Helder	339,2	8,9	NW	schwach.	

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.